

## AUSSENANSICHT

## Prostituierte brauchen Hilfe

GABY WENTLAND  
Ehrenamtliche  
Helferin



Seit Wochen hält uns Covid-19 in Atem. Doch es gibt Menschen, die unter dieser Pandemie noch mehr leiden als die meisten anderen. Besonders hart betroffen sind Menschen, zumeist Frauen, in der Prostitution. Nach Schätzungen gibt es in Deutschland 400 000 Frauen, die in der Prostitution arbeiten, die meisten unfreiwillig und unter extremen Bedingungen. Polizei und Nichtregierungsorganisationen gehen davon aus, dass 90 Prozent der Frauen zur Prostitution gezwungen werden. Sie befinden sich ständig in einer gesundheitlich höchst gefährlichen Lage. Vor Covid-19 können sie sich überhaupt nicht schützen.

Was können wir Bürger tun, damit diese Frauen Hilfe erfahren? 16 Bundestagsabgeordnete haben einen Brief veröffentlicht, in dem sie fordern, dass die Gesetze zum Schutz der Frauen sofort geändert werden. Wir alle können jetzt mithelfen. Nehmen wir die Initiative der 16 zum Anlass und schreiben einen dringenden Brief an die Abgeordneten unseres Wahlkreises. Sofortige Schutzmaßnahmen für diese Frauen sind nötig.

Wir fordern als Mitglied im Bündnis „Gemeinsam gegen Menschenhandel e. V.“ einen generellen Richtungswechsel in der Politik über Corona hinaus. Das sogenannte Nordische Modell würde helfen, weil es Prostitution verbietet, aber den Frauen Hilfe gibt, während die Männer, die Sex kaufen wollen, bestraft werden.

Natürlich dauert es, bis ein solches Gesetz greift. Darum lassen Sie uns schon jetzt praktisch werden. Unser Verein Mission Freedom betreibt zwei Häuser für Aussteigerinnen aus der Prostitution, je eines in Hamburg und Frankfurt. Was bieten wir den Frauen an? Unbürokratische Ausstiegshilfe und Begleitung zu Behörden, Unterstützung für Unterhalt und Kleidung sowie ärztliche und therapeutische Hilfe. Wir unterstützen die Frauen bei der Jobsuche. Zur Sicherheit leben sie in einem geschützten Haus.

Sobald eine Frau stabil genug ist, zieht sie in ihre eigene Wohnung. Unsere Begleitung gilt, solange sie Hilfe braucht. Wir konnten bereits mehreren hundert Frauen in Deutschland helfen. Viele andere Organisationen setzen sich ebenfalls für die Frauen ein. Die meisten sind – da ohne staatliche Förderung – auf Spenden angewiesen. Jedes Leben ist kostbar und diese Frauen und Mütter brauchen unsere Hilfe gerade jetzt sehr dringend.

**AUTORENINFORMATION**  
Die Autorin ist 1. Vorsitzende des Vereins Mission Freedom.

Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung der Autorin wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.



KARIKATUR: MESTER

## LEITARTIKEL

## Aufrüsten für Europas Zukunft

**MILITÄR** Die UNO feiert morgen ihr 75-jähriges Bestehen. Dass sie nicht in der Bedeutungslosigkeit versinkt, darum muss sich auch Deutschland und seine Bundeswehr kümmern.

FRANZISKA SANDIG



Morgen vor 75 Jahren wurde die Charta der Vereinten Nationen (UNO) in Kalifornien unterzeichnet. Was drinsteht, dürfte den wenigsten geläufig sein. Hauptziel laut Gründungsurkunde ist es, „künftige Geschlechter von der Geißel des Kriegs zu bewahren“. Dieses Ziel begleitet die gemeinsamen Blauhelm-Soldaten bei ihren zuletzt oft verlustreichen Einsätzen – und auch das Militär der Uno-Mitgliedsländer. Deutschlands Mitwirken gewinnt immer mehr an Bedeutung: Umso wichtiger ist es, endlich zu entscheiden, wohin der Weg der Bundeswehr führt.

Seit 2018 ist Deutschland im prominentesten Organ der UNO vertreten: dem Sicherheitsrat. Seine Effizienz ist wegen der Veto-Struktur der fünf ständigen Mitglieder stark umstritten – so lässt sich kaum eine gemeinsame Ausrichtung finden. In der Antrittsrede von US-Präsident Donald Trump bei der UNO-Vollversammlung 2018 wurde deutlich: „America first“, Trumps patriotischer Wahlkampfslogan, ist auch in der UNO angekommen. Mehr Individualismus also, weniger globale Zusammenarbeit. Diesen Ansatz stellte Trump in den letzten Tagen prominent zur Schau: Er will ein Drittel seiner US-Soldaten aus Deutschland abziehen, weil man hier nicht – wie versprochen – mehr Geld für die Verteidigung ausge-

ben möchte. Von ihrem Militär haben die Deutschen seit Jahren ein gespaltenes Verhältnis. Spärliche Ausrüstung, die immer wieder monierte schlechte Ausbildung der mühsam zusammengekratzten Freiwilligen sowie Skandale von Rekruten im rechtsextremen Spektrum zeigen: Eine solche Bundeswehr nützt keinem. Wozu also mehr Geld in eine Organisation pumpen, die offenbar selbst nicht mehr weiß, wofür sie heute steht? Ganz so einfach ist es nicht.

Gen Osten sehen wir Putin-Bilder, die Angst machen. Damit sind nicht verstörende Naturburschen-Posen gemeint, sondern immerwährende Muskelspiele des Kremles, wie gestern bei Putins Machtdemonstration in Moskau anlässlich des 75. Jahrestags des Sieges der Sowjetunion über Hitler-Deutschland. Auf der anderen Seite des UNO-Verhandlungstischs sitzen die USA, mit einem Präsidenten, der sein Amt übernahm, ohne zu wissen, ob Finnland zu Russland gehört. Und Deutschland? Steht mit seinen maroden Eurofightern und ohne Flugzeugträger hilflos zwi-

schen zwei machtgerigen Staatsoberhäuptern, die sich im Wettrüsten mit Nuklearwaffen messen.

Der Abzug amerikanischer Truppen von deutschem Gebiet ist in erster Linie ein Misstrauensvotum der USA gegenüber Deutschland: Dass Trump ohne vorige Information der Nato-Verbündeten sein Vorhaben verkündet hat, zeigt, dass das Bündnis keinen Wert für ihn hat. Auch wenn ihm aus eigenen Reihen starker Gegenwind entgegen schlägt, wie gestern im offenen Brief der republikanischen Parteispitze, weil deutsche Stützpunkte für die USA strategisch wichtig sind – es darf uns nicht davon ablenken. Auch deshalb nicht, weil sein Vorhaben, einen Teil der abgezogenen Soldaten nach Polen zu versetzen, in internationalen Medien bereits als Triumph für Putin gewertet wird, der nun mit guter Begründung weiter aufrüsten kann. Mit der Hoffnung, dass ab November alles anders werden könnte, wenn im Weißen Haus ein neuer Präsident sitzt, machen wir uns abhängig. Deutschland sollte die Bundeswehr nicht danach ausrichten, wer im Osten oder Westen die Muskeln spielen lässt. Deutschland sollte Geld für die Bundeswehr in die Hand nehmen und selbstbewusst an einer besseren Ausrichtung feilen: Kriseninterventionshilfe, Entwicklungshilfe und Rüstungskontrolle sollten weiter in den Fokus rücken. Nur so können wir europaweit als verlässlicher Bündnispartner auftreten, uns länderübergreifend unterstützen – und die UNO so ein Stück bedeutsamer machen.

„**Deutschland sollte die Bundeswehr nicht danach ausrichten, wer im Osten oder Westen die Muskeln spielen lässt.**“

» PUTIN ZEIGT SEINE WAFFEN  
Die Berichterstattung zum Leitartikel SEITE 5

## PRESSESTIMMEN

## Rhein-Zeitung

Die Zeitung aus Koblenz zum Lockdown in Nordrhein-Westfalen: „Das Virus findet seinen Wirt besonders dort, wo Menschen eng und unter teils erbärmlichen Verhältnissen miteinander leben und arbeiten müssen. Die Politik reagiert mit strengen Quarantänemaßnahmen wie in Göttingen oder dem Lockdown in Gütersloh. Diese Reaktionen sind nachvollziehbar. Und doch würde ein Mediziner dies eine rein symptomatische Therapie nennen.“

## Volksstimme

„In Gütersloh und Warendorf ist eingetreten, wovor sich die Republik gefürchtet hat: Der erneute Lockdown.“

DIE ZEITUNG AUS MAGDEBURG ZUR CORONA-LAGE IN NRW

## Allgemeine Zeitung

Die Zeitung aus Mainz greift das Thema „Gewalt und Polizei“ auf: „Polizeigewalt gibt es auch in Deutschland hier und da, und Rechtsradikale in Uniform schaden dem Ruf der Truppe. Das ist aber noch kein Grund, sie insgesamt als Hort von Rassisten und Übergriffen zu verunglimpfen oder auch nur in Zweifel zu ziehen. Und schon gar keine Rechtfertigung für Verbrechen, die im Kleinen die Zerstörung des Gemeinwesens simulieren.“

## Reutlinger General-Anzeiger

Die Zeitung kommentiert die Bildungsstudie: „Der jüngste Bildungsbericht muss die Alarmglocken schrillen lassen. Der Trend zu immer mehr und zu immer besserer Bildung scheint gestoppt. (...) Von größerer Bedeutung ist die Frage, wie hoch der Anteil derer ist, die im und an dem Bildungssystem scheitern. Der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss stieg in fünf Jahren um gut einen Prozentpunkt auf 6,8 Prozent.“

## De Telegraaf

Die Zeitung aus Amsterdam zu den Reaktionen auf die Chaos-Nacht: „Ganz Deutschland fragt sich, was das genau für Aufrührer waren, die Stuttgart mit stundenlangen Krawallen und Plünderungen heimgesucht haben. Das sei ein Alarmsignal für den Rechtsstaat, erklärte Bundesinnenminister Horst Seehofer. Linke Politiker erklärten hingegen, dass es bei der Polizei viel Rassismus gebe, womit sie Tausende von Polizisten zu Verdächtigen machten.“